



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Dr. Martin Runge, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Bericht über den beantragten Bau einer „Bereitstellungshalle“ für radioaktiven Atommüll in Ohu**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, möglichst rasch in einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz schriftlich und mündlich über die geplante „Bereitstellungshalle“ für radioaktive Abfälle auf dem Gelände des Atomkraftwerks Isar I in Ohu zu berichten.

Dabei ist u. a. auf folgende Fragen einzugehen:

- Warum wird die Halle erst jetzt beantragt, und warum wurde sie nicht schon im Genehmigungsverfahren für den Abriss von Isar 1 beantragt?
- Wann soll die Halle in Betrieb genommen werden?
- Wann soll die Halle wieder außer Betrieb genommen werden?
- Warum wurde der Name „Bereitstellungshalle“ gewählt, wenn ein Abtransporttermin noch nicht genannt werden kann?
- Warum wurde dann das Zwischenlager BELLA nicht auch als „Bereitstellungshalle“ bezeichnet, sondern als Zwischenlager?
- Wieviel Atommüll soll darin gelagert werden (Angaben, bitte sowohl hinsichtlich Volumen, Gewicht, radioaktives Inventar und Art der Abfälle)?
- Wo findet die Konditionierung dieser Abfälle statt?
- Wie wird die Öffentlichkeit an diesem Verfahren beteiligt?

### **Begründung:**

Wenige Wochen nachdem der Betreiber des Atomkraftwerks Isar I den Verlauf der Abrissarbeiten des 1. Jahres medienwirksam bekanntmachte, wurde relativ dezent ein Antrag auf den Bau einer 100 Meter langen Lagerhalle und eines weiteren Betriebsgebäudes bekanntgegeben.

Diese Planungen stehen im Widerspruch zur beklagten Genehmigung des Abrisses von Isar 1 und sorgen für Unverständnis und Unruhe in der Bevölkerung.

Es wäre eigentlich Aufgabe des Betreibers, die Öffentlichkeit anständig zu informieren. Da dies offensichtlich nicht der Fall ist, sollte das Parlament wenigstens durch die Staatsregierung rasch und umfassend informiert werden.